

Die Besprechungen zwischen Regierung und Parteiführern.

Bislangler v. Haber, der gestern abend nach dem Großen Hauptquartier gereist ist, wird im Anschluß daran einen Urlaub antreten. Seine Reise ins Große Hauptquartier entspricht der „B. Z.“ zufolge dem Wunsche, die schwebenden politischen Fragen mit den maßgebenden Persönlichkeiten mündlich zu erörtern, da er seit längerer Zeit keine Gelegenheit hatte, den Reichstagsführer zu sehen. Ueber die Besprechung der Parteiführer mit dem Bislangler wird noch mitgeteilt, daß einen besonderen Ausschritt aus dem Gesamtkomplex der Ostfragen, die Ministerialdirektor Dr. Krieger behandelte, der Ausschluß über die zurzeit mit der Sowjetregierung im Gange befindlichen Verhandlungen zur Ergänzung des Brest-Litowsker Friedensvertrages gab. Sein Vortrag wie der Vortrag des Staatssekretärs v. Hinzpache die Grundlage zu einer Aussprache, in der weitgehende Übereinstimmung zutage trat. Die „liberale Korrespondenz“ meint, nach mancherlei Schwankungen in den vorausgegangenen Jahren könne wohl jetzt ohne Widerspruch von irgendeiner Seite festgestellt werden, daß zwischen den maßgebenden Faktoren der Regierung und der großen Mehrheit der deutschen Volksvertreter und dem deutschen Volk selbst Einverständnis darüber bestehe, daß der reine Verteidigungscharakter des Krieges durch keinerlei unmäßige Strömungen verändert werden dürfte. Es wird damit gerechnet, daß auch in den nächsten Monaten während der Besprechung des Reichstages Besprechungen zwischen der Regierung und den Parteiführern stattfinden werden.

Militärbehörde und Vaterlandspartei.

Auf das Verlangen des Reichstagspräsidenten v. Helldorf v. Freyburg über die Zugehörigkeit von Heeresangehörigen zur Vaterlandspartei ist eine Antwort eingegangen, in der es heißt: „Die Heeresverwaltung hat bis jetzt nach dem Grundsatz verfahren, daß in der bloßen Beibehaltung einer vor dem Heerestritt erworbenen Mitgliedschaft eines politischen Vereins noch keine Teilnahme an politischen Vereinen im Sinne des § 49 R.V.G. zu erblicken sei. Dieser Grundsatz muß folgerichtig auch dann zur Anwendung kommen wenn der Beitritt zwar während der Zugehörigkeit zum Heere, aber zu einem Verein erfolgt ist, der zur Zeit des Beitritts von der entgegengesetzten Dienstbehörde noch nicht als ein politischer Verein erachtet, sondern erst später als ein solcher beurteilt wurde. Nachdem die Vaterlandspartei für einen solchen politischen Verein erklärt worden ist, ist der Beitritt zu ihr während der Zugehörigkeit zum aktiven Heere ebenso verboten, wie der Beitritt zu anderen politischen Vereinen. Ferner haben sich die Militärführer, die Mitglieder der Vaterlandspartei sind, in gleicher Weise jeder politischen Betätigung für die Partei zu enthalten, wie die Heeresangehörigen, die nach ihrer Entlassung Mitglieder anderer politischer Vereine geblieben sind.“

Die Friedensausichten im neutralen Lichte.

Nach Erörterung der verschiedenen Besprechungen im deutschen Hauptquartier und der augenblicklich schwebenden Fragen, besonders der Ostfragen, sowie der Friedensausichten kommt die „Räucher Post“ zu dem Schluß:

„Solange die Entente die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands und seiner Verbündeten als Kriegs- und Eroberungsziel aussieht, solange Deutschland die Kolonien verweigert werden, die während dieses Krieges von der Entente erobert wurden, solange werden Deutschland und seine Verbündeten diesen Krieg weiterführen. Gewiß sind die Opfer ungemein groß, die Deutschland bei dieser Sachlage bringen muß, allein nicht geringer sind jene seiner Gegner, die in den letzten Wochen ihre erfolgreichsten Offensiven im Westen mit schweren Verlusten bezogen mußten. Vielleicht werden diese ungeheuren Verluste bei möglichem Erfolg auch bei der Entente die Erkenntnis, daß nur Verständigung zum Frieden führen kann. Gewiß ist aber, daß nichts so sehr geeignet war, Deutschland zu stärken, als die ungeheuerlichen Bedingungen, die ihm von den Staatsmännern der Entente angedroht werden. Um solchem Frieden zu entgehen, wird Deutschland und werden seine Verbündeten das Opfer noch weiterer schwerer Kriegsjahre auf sich nehmen.“

Die Wiener „Zeit“ meldet aus Budapest, Erzherzog Joseph hat an den Rektor der Universität Klausenburg ein Schreiben gerichtet, worin er um Aufhebung seiner Promotion zum Ehren doktor bittet. Der Erzherzog bemerkt in dem Schreiben, daß der Friede vielleicht nicht mehr so fern sei, um diese intime Persönlichkeit nicht verschleien zu können.

Greß für Verständigungsfrieden. Die „Humanität“ meldet aus London: Der „Daily News“ zufolge richtete der frühere Minister Greß einen Brief an Lord Lansdowne, der die Billigung Greß zu den von Lord Lansdowne vorgeschlagenen Prinzipien eines Verständigungsfriedens mit geringen Einschränkungen zum Ausdruck bringt.

Konking will Herrn v. Hinzpache antworten. Der Korrespondent des „Petit Journal“ meldet aus Washington: Die Äußerungen des deutschen Staatssekretärs v. Hinzpache werden in politischen Kreisen sehr lebhaft und angeregt besprochen. Staatssekretär Konking wird im Kongreß in nächster Woche antworten.

Der Zusatzvertrag mit Rußland.

An dem Friedensvertrag mit Rußland selbst wird nichts mehr geändert werden, auch der Zusatzvertrag steht ein für allemal fest. Er kann bei uns befristet, denn er kommt unseren Wünschen weit entgegen. Ueber den belarischen Zusatzvertrag wird in nächster Woche berichtet werden.

Die Lösung Ostlands und Ostlands von Rußland ist eine Wagnersache. Diese Entscheidung ist Rußland nicht etwa aufzuzwingen, sondern von der Sowjetregierung selbst in dieser Höhe vorgeschlagen worden. Die Entscheidung ist anzusehen für den Erfolg der Kriegsschäden und den Unterhalt der Kriegsgefangenen. Es ist völlerrechtlicher Brauch, daß jedes Land diesen Verpflichtungen gegenüber hat Deutschland sich bereit erklärt, keine neue Koalition russischer Staaten von der Sowjetrepublik durch ihre Anerkennung zu unterstützen, und Rußland weiter freie Zufahrt durch drei Häfen zugebilligt.

Botischer Joffe über seine Moskareise.

Die „Stwejtja“ schreiben, wie die B. Z. A. mittelt, in einem Artikel: „Die Reise unseres Gesandten in Berlin, Joffe, nach Moskau hat infolge der gleichzeitigen Abreise des deutschen diplomatischen Vertreters nach Pleskau die verschiedensten Beurteilungen hervorgerufen, die jedoch mit der tatsächlichen Sachlage gar nicht übereinstimmen. Ueber seine Herreise teilte Joffe in einem Gespräch mit unseren Mitarbeiterinnen folgendes mit: „Alle Gerüchte in bezug auf Zuspitzung unserer Beziehungen zu Deutschland sind vollkommen unbegründet. Deutschland will und wird nicht mit uns brechen. Augenblicklich sind die Gesellschaftskreise Deutschlands mehr denn je von der Notwendigkeit der Erhaltung und Stärkung des Friedens mit Rußland überzeugt. Es verlangen dies die Interessen Deutschlands. Meine Sicherheit und die der russischen ökonomischen Delegation in Berlin (der Genossen Larin, Sokolnikow und Krasin) und auch unseres Generalkonsuls in Berlin, Meschinskij, ist bedingt durch die Beendigung der Verhandlungen, die in Berlin zwecks Verwirklichung der ökonomischen Bedingungen des Weltr Friedens geführt wurden. Es war notwendig, einen ausführlichen Bericht über diese Verhandlungen dem Reich der Bolschewisten zu übermitteln, um die russische Wirtschaft und die ökonomischen Verhältnisse zu erleichtern. Die Verhandlungen haben für uns ein vollkommenes Ergebnis erzielt. Die russische Wirtschaft wird durch die Handels- und ökonomischen Beziehungen zwischen zwei Völkern, die den zerstörenden Krieg beendet haben und in Frieden miteinander zu leben wünschen. Wegen unaussprechlicher Angelegenheiten in Berlin reisen ich und Meschinskij schon nach einigen Stunden wieder zurück.“

Amerikas Verhältnis zu Rußland.

„Petit Journal“ meldet: Nachdem Amerika Befehl gegeben hat, daß seine diplomatischen Vertreter nicht nach Wologda übersiedeln, sondern in Moskau bleiben, und nachdem die amerikanischen Konsulate in ganz Rußland weiter zu amtieren haben, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Amerika sich dem englischen Schritte gegen die Bolschewiki-Regierung nicht anschließen wird.

Buchanan in Wladiwostok?

laut russischen Meldungen wird der frühere englische Botschafter Buchanan, der nach Rußland zurückkehren sollte, nicht in Archangel, sondern in Wladiwostok erwartet.

Die „Morning Post“ meldet aus Wladiwostok: An der Ussury-Front kam es zu heftigen Kämpfen zwischen den Tschecho-Slowaken und den Bolschewiki. Es stellte sich heraus, daß die Russen bedeutende Verstärkungen erhalten hatten und noch fortwährend erhalten. Die Front der Tschecho-Slowaken wurde aufs neue zurückgezogen.

Die Japaner im Kampf.

„Daily Mail“ erzählt aus Charbin vom 21.: Die Engländer, Franzosen und Japaner an der Murch-Front wurden in schwere Kämpfe verwickelt, aber die Russen und Tschechos tragen bisher die Hauptlast des Kampfes. Später zogen sich die Alliierten vor der Uebermacht zurück. Japanische Verstärkungen hielten den Ansturm der feindlichen Kräfte auf. Die bolschewistischen Monitore auf dem Chanka-See beunruhigten den linken Flügel der Alliierten.

Die Tschecho-Slowaken in Kasan?

In den Kämpfen um Kasan, die seit einigen Tagen mit wechselndem Erfolge geführt werden, haben, wie verlautet, die Tschecho-Slowaken und Gegenrevolutionäre mit Hilfe von Verstärkungen sich wieder in den Besitz der Stadt gesetzt. Die Roten Garden sind nach heftigem Kampfe zum Rückzug gezwungen worden und halten Stellungen in einiger Entfernung der Stadt besetzt.

Der Bund der Gegenrevolutionäre.

Aus Moskau meldet die polnische Presse-Agentur: Die Gegner des bolschewistischen Regimes, die Rabetten, die Volkssozialisten, die rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiki, haben eine Organisation unter dem Namen „Bund der Wiedergeburt Rußlands“ geschaffen. Das Programm des Bundes lautet: Wiederherstellung Groß-Rußlands. Als Regierungsform für die nächste Zeit wird die Diktatur vorgeschlagen. Zum Diktator ist Boris Scwinkow, zu seinem Gehilfen der frühere Generalissimus General Alexew ausersehen. Der Bund anerkennt nicht den Brest Vertrag und ist für eine Erneuerung des Krieges gegen die Mittelmächte. Der neue Bund betätigt sich vorläufig auf konspirativem Wege; seine Ausichten sind mit Rücksicht auf das neuerliche Erstarken der Sowjetregierung nicht besonders günstig.

Englischer Boykott gegen Finnland.

Von zuständigen Seite wird mitgeteilt, daß die englischen Gesandten in den neutralen Staaten die Regierungen darauf aufmerksam gemacht haben, daß England in Zukunft Finnland in bezug auf Austausch von Waren als Feindesland behandeln werde. Für die neutralen nordischen Länder, die an dem Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Finnland lebhaft arbeiten, ergeben sich aus diesem Schritte Englands sehr interessante Probleme.

Seine politische Meinungen.

Genau und Genossen in Untersuchungshaft. Der Bescheid, durch welchen der parlamentarische Untersuchungsausschuß ermächtigt wird, über die angeklagten früheren Minister die Untersuchung zu verhängen, wurde vom Senate mit 81 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Inhaftnahme der früheren Minister kann nur auf Grund eines mit Zweidrittel-Mehrheit gefaßten Parlamentsbeschlusses verfügt werden. Der Untersuchungsausschuß kann die Untersuchungs-

haft auch für alle Stellvertreter und Stellvertreter anordnen, deren Inhaftnahme im Interesse der Untersuchung notwendig erscheint.

Österreich gegen einen Frieden mit Bulgarien. Der „Rottenbomsche Courant“ erzählt aus Athen: Die Gerüchte, daß Bulgarien einen Sonderfrieden abschließen will, beschäftigt die öffentliche Meinung in hohem Maße. Die Blätter sind der Ansicht, daß hinter diesen Vorschlägen Deutschland stehe, viellecht weil es hofft, durch einen bulgarischen Frieden auch zu einem allgemeinen kommen zu können. Die Blätter halten es aber nicht für wahrscheinlich, daß das bulgarische Volk einen Frieden auf der Basis der nationalen Selbstbestimmung wünscht. Frankreich, England und Amerika würden niemals zulassen, daß Bulgarien die Dobruđa, die verbleibende Gebiete der Balkanhalbinsel behalten würde. Für Griechenland ist der Besitz derjenigen Gebiete, die seinerzeit durch Verrat verloren gegangen sind, eine Forderung geworden. Die Annahme gewisser Anteile der Balkanhalbinsel im Falle des Friedens, unter sich eine Lösung zu finden, ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Bulgaren den Wunsch ausgedrückt hätten, ihre Gebiete zu unterwerfen. Ein ungewisser Frieden auf dem Balkan würde für die Zukunft eine ständige Gefahr für den europäischen Frieden bilden.

Ein neues Bild des Friedens. Der „Temps“ veröffentlicht die Photographie einer Denkmünze, die angeblich von den Deutschen im August 1914 geprägt ist, um schon im voraus den Sieg der Deutschen in Paris zu veranschaulichen. Die Photographie, aber nicht die Denkmünze selbst, von denen zehn Exemplare in Dresden eingeschmolzen worden sein sollen. In dem „Temps“ von einem sogenannten „Schweizer Patriot“ abgedruckt worden. Die Denkmünze, von der Größe eines Zweifrankenstückes, trägt auf der Rückseite den Triumphbogen und den Sessel, darüber die Aufschrift: „Eingang der Deutschen in Paris“. Auf der Vorderseite trägt sie das Eisernes Kreuz Kreuz mit einem W und die Aufschrift, darüber die Aufschrift: „Nach außen entschlossen, nach innen geschlossen“, wogegen erkl. geöff. hat, ist geschlossen. Anknüpfend bemerkt der „Temps“ hierzu, es finden sich jetzt noch Leute, die die Wirklichkeit der Deutschen leugnen. Der Gemeinmann des „Temps“ erzählt: Ein einziges Exemplar dieser Denkmünze ist gesetzt worden und in Basel ausgestellt. — Es ist für den im Pariser Publikum herrschenden Weltzustand bezeichnend, daß ein Blatt wie der „Temps“ es wagen kann, seine Leser in dieser unerhörten Weise an der Nase zu führen.

Von Stadt und Land.

Am 24. August.

Das Eisene Kreuz erster Klasse.

schickte der Befreite Paul Bretschneider, Sohn des Bismarckers Paul Bretschneider, Heudörfel bei Aue; er ist bereits im Besitze der Friedrich-August-Medaille und des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse.

Der „große Markt“ in Aue, 4 Wochen vor der Airmes. Beides, Jahrmart sowohl wie Airmes, waren in den goldenen Friedenszeiten Höhepunkte des Jahres im Leben der Auer Einwohner. Der Jahrmart trägt in seiner Bedeutung und in seinem Umfang den Stempel des Krieges deutlich auf sich. Die Subenstadt beschränkt sich auf Marktplatz und Schneebergerstraße, und nicht reich gefüllte Vorräte birgt sie, sondern die Waren, die besonders begehrt sind, werden nur in geringen Mengen angeboten sein, sobald bald die Stände ausverkauft sein werden. — Das Vergnügungsviertel auf der Wälderwiese bietet aber immer noch das Bild des Friedens. Reitschulen und Schaufenster und allerhand Sehenswürdigkeiten werden ihre Anziehungskraft wie sonst ausüben. So finden wir in einem Zelt einen feinsten Menschen: Tom Jack, den König in Schneeweißem Haar. Er ist der berühmte Entfesselungskünstler, der vor einigen Jahren gefesselt von der Londoner Towerbrücke sprang und sich im Wasser befreite, eine Vorführung, die er vor einiger Zeit in Berlin, als er im Circus Busch engagiert war, von der Weibendammer Straße aus wiederholte. Tom Jack, ein geborener Jodeler, überzeuge heute die hiesigen Volksgenossen von seinen Entfesselungskünsten, wie schnell und sicher er sich aus ihm angelegten Fesseln, selbst aus einer Zwangsjacke, zu befreien versteht. Er wird ohne Zweifel auch hier, wie überall, Staunen erregen. — Auch der Riese des deutschen Armes, der lange Joseph, wird sich zeigen. Der lange Josef war vom ersten Mobilmachungstag ab eingezogen, er erkrankte aber im Felde an Lungenerkrankung. Seine Größe mißt 2,39 Meter. Ein weiterer Riese, Paul Herold, stellt sich in der Centralhalle vor. — Im Bürgergarten treten anerkannte Kräfte des Varietetheaters Victoria mit reichhaltigem Programm auf und im Restaurant Germania hat Akters Ränfeler-Mariettentheater Einzug gehalten. An Gelegenheiten zu Vergnügungen fehlt es also nicht, wenn die hier ausgeführten Schaustellungen und Gastspiele unsere sonstigen bewährten ständigen Unterhaltungsstätten: unser Schauspielhaus Apollo, unsere Musik-Raffes Rath und Carola noch vermehren. Würde allen Schaustellern und Verkäufern, nicht zuletzt aber auch unserer Auer Geschäftswelt der Erfolg ihrer Bemühungen zur Ausgestaltung des berühmten Auer Marktes nicht verlagert bleiben.

W. J. Die neue Großmünze. Vom 19. August ab ist die Proportion von 1750 auf 1900 Gramm wesentlich erhöht worden. Regierungsverweise hat es eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen, daß die frühere Nation von 4 Pfund nicht ganz wieder erreicht worden ist und auch bestimmte Zusicherungen wegen einer weiteren Erhöhung für die nächste Zeit nicht gegeben werden konnten. So bedauerlich das an sich sein mag, so wird die Vorkehrung der verantwortlichen Stellen angesichts der Rückschlüsse, die unsere Brotversorgung in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres erfahren hat, verständlich erscheinen. Das Ergebnis der diesjährigen Ernte wird zwar im Allgemeinen günstig bewertet; es muß aber berücksichtigt werden, daß wir uns schon seit Anfang Juli im Wesentlichen auf Beständen der neuen Ernte verlassen haben, an die also besonders hohe Anforderungen gestellt werden. Das fällt uns so stark ins Gewicht, als wir auch in diesem Jahre voraussichtlich fast allein auf unsere Erzeugung angewiesen sein werden. Die rumänische Ernte ist nach den vorliegenden Meldungen wenig günstig ausgefallen, sobald es zweifelhaft erscheint, ob wir von dort her nennenswerte Unterstützung erhalten werden. Die schwierigen Verhältnisse in der Ukraine sind bekannt; eine Besserung ist bisher nicht eingetreten. Man kann hoffen, daß sich der Auktionsmarkt größter Getreidemengen schließlich doch noch ermäßigten lassen wird. Im jetzigen Zeitpunkt aber würde es gewagt sein, einen so unsicheren Posten in unsere Ernährungsvorsorge einzustellen. Wenn wirklich im Laufe des Jahres die Entlastung der Verhältnisse eine weitere Erhöhung der Proportion gestatten sollten, werden die maßgebenden Stellen nicht zögern, die Versorgung reichlicher zu gewährleisten.

Die neue Großmünze. Vom 19. August ab ist die Proportion von 1750 auf 1900 Gramm wesentlich erhöht worden. Regierungsverweise hat es eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen, daß die frühere Nation von 4 Pfund nicht ganz wieder erreicht worden ist und auch bestimmte Zusicherungen wegen einer weiteren Erhöhung für die nächste Zeit nicht gegeben werden konnten. So bedauerlich das an sich sein mag, so wird die Vorkehrung der verantwortlichen Stellen angesichts der Rückschlüsse, die unsere Brotversorgung in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres erfahren hat, verständlich erscheinen. Das Ergebnis der diesjährigen Ernte wird zwar im Allgemeinen günstig bewertet; es muß aber berücksichtigt werden, daß wir uns schon seit Anfang Juli im Wesentlichen auf Beständen der neuen Ernte verlassen haben, an die also besonders hohe Anforderungen gestellt werden. Das fällt uns so stark ins Gewicht, als wir auch in diesem Jahre voraussichtlich fast allein auf unsere Erzeugung angewiesen sein werden. Die rumänische Ernte ist nach den vorliegenden Meldungen wenig günstig ausgefallen, sobald es zweifelhaft erscheint, ob wir von dort her nennenswerte Unterstützung erhalten werden. Die schwierigen Verhältnisse in der Ukraine sind bekannt; eine Besserung ist bisher nicht eingetreten. Man kann hoffen, daß sich der Auktionsmarkt größter Getreidemengen schließlich doch noch ermäßigten lassen wird. Im jetzigen Zeitpunkt aber würde es gewagt sein, einen so unsicheren Posten in unsere Ernährungsvorsorge einzustellen. Wenn wirklich im Laufe des Jahres die Entlastung der Verhältnisse eine weitere Erhöhung der Proportion gestatten sollten, werden die maßgebenden Stellen nicht zögern, die Versorgung reichlicher zu gewährleisten.

SLUB
Wir führen Wissen.
Dienstadt
Dr
D
A
Berecht
2P
großhan